

Plutoniumwirtschaft

30 Kilogramm Plutonium werden in Sellafield vermisst

Der jährliche Kontrollbericht der britischen Atomenergiebehörde weist zum Ende des Jahres 2004 für die Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield einen „Verlust“ von 29,6 Kilogramm Plutonium auf, genug für den Bau von 7 bis 8 Atombomben. Bereits 2003 waren 19 Kilogramm des radioaktiven Materials als „verschwunden“ gemeldet worden. Das berichtete am 17. Februar 2005 die britische Tageszeitung Times. Die Betreiberfirma British Nuclear Fuels und das britische Industrieministerium beteuern jedoch, das Material sei nicht physisch abhandeln gekommen, sondern es handele sich um ein Buchhaltungsproblem. Die Differenz erkläre sich aus geschätzten Spaltstoffmengen beim Wareneingang, die selten mit den meßbaren Werten nach der Verarbeitung übereinstimmten. Die Unterschiede seien „nicht verwunderlich“.

Unabhängige Fachleute geben sich jedoch beunruhigt. Die Times zitiert die Experten John Large und Frank Barnaby. Im „gegenwärtigen Klima der Angst vor Terroristen würde man eigentlich erwarten, daß die Industrie ganz besondere Sorgfalt walten läßt“, meinte Large. Laut Barnaby ist es zwar nicht ungewöhnlich, daß radioaktives Material verschwindet, der Vorgang belege jedoch die Gefahren der Wiederaufarbeitung, weil „sich nicht sicher sagen läßt, worum es sich bei dem verschwundenen Material nun eigentlich handelt“.

Sellafield gehört zu den ältesten Nuklearanlagen der Welt. Es ist Atomkraftwerk, Plutoniumschmiede und zentrale Lagerstätte für Atommüll in einem. Bereits 1946 hatte die britische Regierung beschlos-

sen, nahe Sellafield eine Anlage zur Urananreicherung zu errichten. 1956 wurde auf dem Gelände ein Atomkraftwerk in Betrieb genommen, das erst vor zwei Jahren wegen technischer Schwierigkeiten endgültig abgeschaltet wurde. 1964 wurde die erste Anlage zur Wiederaufarbeitung von Nuklearbrennstoff in Betrieb genommen. Weitere derartige Anlagen folgten 1985 und 1997. Umweltschützer beklagen die von Sellafield ausgehende besondere Verseuchung der Irischen See und der Nordsee. Die Europäische Union fordert seit geraumer Zeit in Gestalt ihres Kommissariats für Energie und Verkehr vergeblich uneingeschränkten Zugang für ihre Kontrolleure und eine korrekte Erfassung der gefährlichen Stoffe. Großbritannien weigere sich seit vier Jahren, geforderte Informationen über die radioaktiven Abfälle zu übermitteln. ●

Atomwirtschaft

„Tolles Produktionsergebnis“

BMU: „Weiter so!“

Im Jahr 2004 wurden in den 18 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerken insgesamt 167,1 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Das meldete die Werbeorganisation der deutschen Atomwirtschaft, das Deutsche Atomforum e.V., am 25. Januar 2005. Damit sei die Produktivität des Vorjahres (2003: 165,1 Milliarden Kilowattstunden) übertroffen. Zum sechsten Mal in Folge Spitzenreiter unter den deutschen Kernkraftwerken sei im vergangenen Jahr der Reaktor

Isar 2 mit einer Stromerzeugung von 12,2 Milliarden Kilowattstunden bei einer Leistung von 1.475 Megawatt gewesen. Für den Sprecher des Deutschen Atomforums Christian Wößner liegen damit die Vorzüge der Kernenergie bei „einem ausgewogenen Energiemix“ in ihrer Wettbewerbsfähigkeit, der Versorgungssicherheit und in der Klimavorsorge.

Zu dieser Meldung über das „tolle“ Produktionsergebnis der deutschen Atomkraftwerke (AKW) erklärte am selben Tag der Sprecher des Bundesumweltministeriums (BMU), Michael Schroeren: „Dank der vom Atomforum gerühmten Produktivität der deutschen Atomkraftwerke ist der Atomausstieg im zurückliegenden Jahr zügig vorangeschritten. Die im Atomkonsens 2000 vereinbarte Reststrommenge schmilzt rapide zusammen. Von den rund 2.623 Terawattstunden, die in den deutschen AKWs noch erzeugt werden darf, sind nur noch rund 1.800 Terawattstunden übrig. Mit anderen Worten: Vier Jahre nach dem Atomausstieg ist der Atomausstieg bereits zu einem Drittel vollzogen. Da kann man nur sagen: Weiter so!“

Im Atomkonsens mit den Atombetreibern war im Jahr 2000 für jedes einzelne Atomkraftwerk eine Reststrommenge festgelegt worden, die dort (gerechnet ab 1. Januar 2000) noch erzeugt werden darf, insgesamt 2.623,30 Terawattstunden (1 Terawattstunde = 1 Milliarde Kilowattstunden). Sobald eine Anlage die ihr zugewiesene Strommenge produziert hat, erlischt ihre Betriebsgenehmigung. Der Fortschritt des Atomausstiegs läßt sich demnach am Stand der noch verfügbaren Reststrommenge ablesen. Die Zahlen werden, gesondert nach den einzelnen Anlagen, regelmäßig auf der Internetseite des Bundesamtes für Strahlenschutz (www.bfs.de) veröffentlicht. 2003 war das Atom-

kraftwerk Stade abgeschaltet worden. Als nächstes folgt Obrigheim, das seine Reststrommenge voraussichtlich im Frühjahr 2005 erschöpft haben wird. ●

Atompolitik

CASTOR-Gegner vor Gericht gegen den Bundesgrenzschutz erfolgreich

Der Bundesgrenzschutz (BGS) darf Demonstranten nicht die Kosten für seine Einsätze in Rechnung stellen. Das hat am 22. Februar 2005 das Verwaltungsgericht Schleswig entschieden. Das Grenzschutzpräsidium Nord hatte Aktivisten, die sich an verschiedenen Anket-Aktionen gegen CASTOR-Transporte beteiligt hatten, Leistungsbescheide geschickt. Darin stellte der BGS Kosten für Personal, Fahrzeuge und eingesetzte Geräte in Rechnung, die angeblich nötig waren, um die Zugstrecken wieder freizubekommen. Die Umweltschützer hatten gegen die Bescheide geklagt und nun Recht bekommen.

In der Klage der Umweltschützer war es auch um die besonders öffentlichkeitswirksame Betonblock-Aktion gegen den Atommüll-Transport nach Gorleben im März 2001 gegangen, an der sich Aktivisten von ROBIN WOOD und aus dem wendländischen Widerstand beteiligt hatten. Sie sollten zusammen 14.301,28 DM (7.312,12 Euro) für den Einsatz des BGS bezahlen.

Das Verwaltungsgericht Schleswig stellte nun fest, daß es sich bei den Anket-Aktionen um Versammlungen gehandelt habe, die durch Artikel 8 des Grundgesetzes geschützt sind. Die Polizei hätte

die Versammlungen ausdrücklich auflösen müssen, bevor der Bundesgrenzschutz damit hätten anfangen dürfen, die Aktivisten aus dem Gleisbett zu holen. Dies war jedoch in keinem Fall geschehen. Der Schutz besteht laut Gericht auch für Versammlungen auf Bahngleisen, deren Betreten von vornherein eine Ordnungswidrigkeit darstelle.

„Das Urteil ist ein wichtiger Erfolg in Zeiten, in denen das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit unter Druck ist“, betonte Rechtsanwältin Karen Ullmann, die mehrere Aktivisten vor Gericht vertreten hatte. „Die Auflösung einer Versammlung ist keine leere Formalie. Bürger müssen darauf vertrauen können, daß sie vor Ort erfahren, ob die Ver-

sammlung unter dem Schutz des Grundgesetzes steht oder nicht.“

Die Umweltorganisation ROBIN WOOD versteht das Urteil als wichtige Klarstellung. „Bundesinnenminister Schily ist mit seiner Stimmungsmache gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten und mit seinen Warnungen, sie würden auch finanziell für ihre Aktionen abgestraft, ins Leere gelaufen“, sagte Jürgen Sattari, Vorstandssprecher von ROBIN WOOD. Schily hatte nach der Betonblockaktion vom März 2001 eigens einen Erlass veröffentlicht, mit dem die „Inanspruchnahme von Störern auf Kosten-/Schadenersatz“ bei Castor-Einsätzen ermöglicht werden sollte. ●

schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris bilden als offizielle Daten die Basis für viele energiepolitische und ökonomische Entscheidungen. Sie habe jedoch als Zusammenschluß der Ölimportländer ein Interesse an einer gesicherten Ölversorgung und mache deshalb entsprechende Angaben zu Erdölverbrauch und Fördermengen, wird jetzt kritisiert. Die Zahlen zum Anteil erneuerbarer Energien seien dagegen oftmals viel zu niedrig angesetzt.

Die Fachzeitschrift *Sonnenenergie* interviewte für ihre Ausgabe Nummer 2/2005 vom 24. Februar 2005 den Statistik-Chef der IEA und warf einen Blick hinter die Kulissen der Agentur. Das Ergebnis: Die Arbeit der IEA ist offenbar nicht so selbständig wie sie sein sollte und zudem abhängig von den Angaben der Mitgliedstaaten, die ihre Zahlen oft aus Unvermögen oder Unwillen nicht liefern.

Beispiel Erdöl

Beim Thema Erdöl gilt die Kritik insbesondere dem umstrittenen IEA-Bericht „World Energy Outlook“. Zahlreiche Analysten zweifeln demzufolge die optimistischen Prognosen für das weltweite Erdölförderpotential an. Kernpunkt, so *Sonnenenergie*, sei die Frage nach dem sogenannten „peakoil“-Jahr, ab dem die Erdölförderung aufgrund steigender Nachfrage und sinkender Reserven rückläufig sein wird. Die renommierte Association for the Study of Peakoil (ASPO) erwartet diesen Zeitpunkt schon für das Jahr 2008. Dagegen sagt ihn die IEA in ihrem aktuellen Report nicht vor 2030 voraus. Der ASPO-Analyst Kjell Aleklett weist darauf hin, daß die optimistische IEA-Prognose auf bislang nicht geprüften Angaben der US Geological Survey beruht. Außerdem setze das IEA-Szenario große Investitionen im Bereich der Ölförderung vor-

aus. Verwirklichte sich diese nicht, gesteht die IEA jetzt ein, sei der peakoil zwischen 2015 und 2030 zu erwarten.

Beispiel erneuerbare Energien

Photovoltaik-Insulanlagen tauchen in keiner der IEA-Statistiken auf und noch immer gibt es kein standardisiertes Verfahren, die mit Sonnenkollektoren erzeugten Kilowattstunden meßtechnisch zu erfassen, erklärt *Sonnenenergie*. Auf Drängen der Solarverbände habe sich die IEA Anfang 2005 an einer Initiative beteiligt, den Beitrag der solaren Wärmegewinnung zu dokumentieren. Das Ergebnis: Die Solarwärme übertreffe mit ihren Erträgen sogar die Windenergie. „Der weltweite Beitrag der Solarwärmeanlagen wurde beträchtlich unterschätzt“, gestand Michael Rantil, Vorsitzender des IEA-Solarthermie-Programms (IEA SHC). Mit einer installierten thermischen Leistung von 70 Gigawatt sei sie eine der führenden erneuerbaren Energiequellen auf dem Globus. ●

Energiewirtschaft

Fragwürdige Statistiken

Windenergie überwiegt Wasserkraft und Sonnenenergie überwiegt Windenergie

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch ist im Jahr 2004 um fast ein Fünftel auf 9,3 Prozent gegenüber 7,9 Prozent im Vorjahr angewachsen. Dieses Ergebnis präsentierte Rainer Hinrichs-Rahlwes vom Bundesumweltministerium anlässlich der Jahreskonferenz Erneuerbare Energien am 22. Februar 2005 in Berlin. Die Windkraft habe dabei erstmals die Wasserkraft überholt und trage mittlerweile mit 44 Prozent zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bei, die Stromerzeugung aus Wasserkraft zu rund 38 Prozent. Auch bezogen auf den gesamten Energieverbrauch sei der Anteil der erneuerbaren Energien von 3,1 auf 3,6 Prozent gestiegen. Insgesamt habe durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Jahr 2004 die Freisetzung von rund 70 Millionen Tonnen Kohlen-

dioxid in die Atmosphäre vermieden werden können. Eine besonders dynamische Entwicklung habe es bei den Solarstromanlagen gegeben. Mit einem Zubau von 300 Megawatt seien nun insgesamt 700 Megawatt photovoltaische Spitzenleistung in Deutschland installiert, heißt es. Damit habe es Deutschland im Jahr 2004 sogar zum Solarweltmeister geschafft, noch vor dem Konkurrenten Japan. Die Fläche der installierten Kollektoren betrage in Deutschland mittlerweile mehr als sechs Millionen Quadratmeter. Wichtigster Energieträger blieben indes die Mineralöle mit 36 Prozent.

Kritik an den Zahlen der Internationalen Energieagentur IEA

Die Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) der Organisation für Wirt-

Strahlenschutz

Gesetz zur Überwachung radioaktiver Strahlenquellen

Das Bundeskabinett hat am 12. Januar 2005 den von Bundesumweltminister Jürgen Trittin vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle hochradioaktiver Strahlenquellen beschlossen. Mit dem Gesetz werde die Überwachung hochradioaktiver Strahlenquellen entscheidend verbessert und Deutschland leiste damit einen wichtigen Beitrag für mehr Sicherheit, meinte Trittin.

Schwerpunkt der vorgeschla-